Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1½ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 100. Montag, den 30. April 1849.

Berlin, 30. April.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem bisherigen Ober-Landesgerichts-Deposital-Rendanten Schurig zu Bromberg den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen; und den Amtsrath Weyhe zu Wegeleben, Mitglied des Landes-Oekonomie-Kollegiums, zum Landes-Oekonomie-Rath zu ernennen.

Aus den gestrigen Vorfällen auf dem Dönhofsplatz und dessen Umgegend, bei denen die Schußwaffe nachdrücklich hat gebraucht werden müssen, scheint hervorzugehen, daß ein Theil der hiesigen Einwohner irrthümlich die Meinung hegt, daß der Belagerungszustand in Berlin und seinem zweimeiligen Umkreise nicht mehr bestehe; ich nehme daher Veranlassung, hiermit öffentlich auszusprechen, daß derselbe keinesweges aufgehoben ist, sondern noch in voller Kraft besteht.

Berlin, den 28. April 1849.

Der Ober-Befehlshaber in den Marken.
von Wrangel.

Deutschland.

(X) **Stettin.** Wir haben schon öfter Gelegenheit gehabt zu bemerken, daß schönklingende Namen oft nichts weiter sind als leere Aushängeschilde, hinter denen man allerlei Lappen, rothe, schwarzrothgoldene u. a. aushängt, um seine eigentlichen Absichten zu verbergen. Aber der schelmische Wind spielt doch hin und her mit den Zipfeln und es kuckt deutlich genug das falsche Herzensgelüst hervor. Zu dieser Aeußerung veranlaßt uns die „constitutionelle Zeitung“ durch die Art, in welcher sie in No. 60 in ihrem leitenden Artikel die Auflösung der Kammer bespricht. Sie sieht in ihrem fatalistischen Glauben „ein unglückseliges Verhängniß“ für ein Land darin, wenn ihm nur die Wahl bleiben soll zwischen zwei Extremen. Es ist ein Zeichen des Verfalls der öffentlichen Sache, wenn die Parteien nur leben eine von den Fehlern der andern, keine durch ihre eigene Kraft und Tugend. Voran die Frage: Welches ist die eigene Kraft und Tugend der Parteien? Welche ist es insbesondere in der revolutionairen Partei? Wir müssen das höchste Mißtrauen in die Kraft und Tugend einer Partei setzen, die sich nur auf Aufhebung des die Ordnung haltenden Belagerungszustandes, deren Folge die gewisse Anarchie sein würde, gründet. Und welches sind die beiden Extreme der constitutionellen Zeitung, unter welchen das Land oder die Regierung zu wählen hat? Wir müssen es errathen aus der Bemerkung: „Gestern Mittag arbeitete das Ministerium für die Demokratie“, „es wirft durch die Auflösung der Kammern die brennende Lunte in die Pulvertonne.“ Dann heißt es wieder: „Gestern Abend arbeitete die Demokratie, der Leichtsinn — um nicht zu sagen der Frevelmuth — der Berliner Bummler und Straßenjungen für die Reaktion!“ Demokratie und Reaktion, das sind also die beiden Extreme, oder wohl richtiger im Sinne der const. Ztg., Revolution und Absolutismus, zwischen denen das Land zu wählen hat. Wir meinen aber, es giebt noch ein drittes, eine goldene Mitte, der Boden des Rechts in der constitutionellen Monarchie, auf welchem die Kraft des Gesetzes, verkörpert in einer besonnenen und gerechten Regierung, einherschreitet. Diesen Weg hat das Ministerium betreten, weder kühn, noch verwegen, sondern rasch entschlossen, zur rechten Zeit, nicht zu frühe, nicht zu spät. Das Land sieht es theils mit freudigem Erstaunen, mit Ueberraschung, theils mit kopfschüttelnder Verblüffung, je nach den Ansichten, Absichten und Gefühlen, welche die Herzen in ihren geheimsten Winkeln nähren. Um jedoch hinter die Trugschlüsse der const. Ztg. zu kommen und das ganze sophistische Gerede in seiner Unhaltbarkeit zu erweisen, müssen wir einen Sprung thun vom Anfang nach dem Ende, und wie jener Müller am Schwanze des Thieres sehen, was das für ein constitutioneller Löwe ist, der das Ministerium wegen der Kammerauflösung angreift. Die const. Ztg. sagt: „Die Nation sehnt sich nach einem festen Rechtszustande, der ihr die Freiheit in der Ordnung geben soll, Gesetze zur Richtschnur der Regierung, zur Sicherung des allgemeinen Wohls. Sie ist müde der Revolutionen, wie der Staatsstreiche.“ Sie nennt also eine Maßregel, die durch die Nothwendigkeit geboten war, wenn die Nation jenen ersehnten Rechtszustand, jene Freiheit in der Ordnung“ erlangen sollte, einen Staatsstreich. Nach solchen Erfahrungen, wie wir im vorigen Jahre gemacht haben, wohin ein Geist, wie er in der Kammer sich regte, nur führen kann, war das vom Ministerium beobachtete Verfahren eben so weise, als rechtzeitig und nützlich; wenigstens ist dadurch unsäglichen, ekelerregenden Kammer-Invektiven und einer fieberhaften Spannung des Landes vorgebeugt worden. Was liegt daran, wenn solchen „Kammerstreichen“ sogenannte „Staatsstreiche“ entgegen gestellt werden. Ein Uebel vertreibt das andre, wenn diese Maßregel einmal für ein Uebel angesehen werden soll. Weiter heißt es: „Fest steht die wahrhaft liberale Meinung auf dem Boden des Gesetzes.“ Das klingt ganz schön und wer wollte das nicht unterschreiben? Aber der Zusatz sagt uns, was das für eine „liberale Meinung“ ist: „Geht aber die Demokratie darüber hinaus, so vernichtet sie auf Jahre nicht nur ihre Zukunft, sondern auch das ganze konstitutionelle Prinzip. Jede Barrikade wird zum Vorwerk der Reaktion, jede Zusammenrottung zur Vorhut des Absolutismus; und wenn ihr die Masse der Nation zu dem Glauben bringt, es sei nur noch die Wahl übrig zwischen Anarchie und Absolutismus, zwischen der rothen Republik und der rothen Reaktion — seht euch vor: sie könnte leicht die letztere als das kleinere Uebel wählen.“ Es ist die liberale Meinung der Demokratie, welche gefährdet ist, gleich wie das ganze constitutionelle Prinzip. Jene Demokratie „vernichtet auf Jahre ihre Zukunft“, darin liegt die Voraussetzung, daß sie eine nothwendige Berechtigung habe, daß sie doch späterhin einmal der Sieg zu Theil werden solle. Dieser Demokratie läßt der Verf. ihre Geltung, während er die Reaktion verabscheut. Die Demokratie, weil sie nie ohne Beimischung von Anarchie sein kann, die Reaktion, weil sie die Forderungen der Zeit mißkennt und einer gemäßigten gesetzlichen Freiheit aus Vorurtheil widerstrebt, taugen beide nichts; wir wollen die Konstitution und die verfassungsmäßige Freiheit, diese geschützt durch jedes konstitutionelle Mittel, und wäre es auch ein solches, welches die konst. Z. unter die „Staatsstreiche“ rechnet, die Auflösung der Kammer, die dem Könige nach der Verfassung zusteht. Mit der Reaktion will die konst. Ztg. nichts zu schaffen haben, aber mit der Demokratie thut sie schön, denn sie giebt ihr den Rath, nicht zu übertreiben, die Masse der Nation könnte den Absolutismus herbeiwünschen. Dieser Fall wird schwerlich eintreten, ebensowenig hat die Behauptung einen Grund, als ob die eine Partei (hier das Ministerium) „von den Fehlern ihrer Gegner lebt, nicht aber von ihrer eigenen Kraft und Tugend.“ Denn das Ministerium hat in diesem Falle männlichen Muth und wahre Thatkraft gezeigt; es hat nicht erst gewartet, bis das Uebel in der Kammer ein stinkendes, giftiges Geschwür ward, von dem, wie im vorigen Jahre, das Land sich schaudernd abwandte; es hat, so wie es die Wurzel des Uebels erkannte, dasselbe in der Jätezeit ausgerottet; es hat mit einem Worte seinen Beruf erfüllt, es hat regiert. Wir können daher mit der konst. Ztg. nicht darüber schmählen, daß die „Nöthigung zu diesem Schritte die alleinige Rechtfertigung“ des Ministeriums sei; was Noth thut, was durch die Noth nöthigt, wenn es an sich nicht unsittlich ist, ist gerechtfertigt; eine bessere Rechtfertigung z. B. des Krieges und jeder Nothwehr kennen wir nicht. Daß nicht bloß „einige Reden der Linken,“ sondern auch Thatsachen dazu genöthigt haben, und die ganze Sache nicht soleicht zu nehmen war, wie es der const. Ztg. wohl erscheinen möchte, bekunden die bekannten Thatsachen. Wir schalten hier aus No. 99 der N. Preuß. Ztg. das Betreffende ein:

„Die frevelhafte Frechheit der Linken hatte in der zweiten Kammer am Mittwoch und Donnerstag ihren Höhepunkt erreicht. In Scham und Abscheu verbarg das Vaterland sein Angesicht. In den Straßen fing das Märzgesindel wieder an, sich zu sammeln. Gestern, Freitag, Abends nach der Auflösung ist es zu Thätlichkeiten gegen das Militair, zum Schießen in den Straßen gekommen. Aber dies Alles sind nur die Symptome unserer Krankheit.“

„Unter der Frage vom Belagerungsstande von Berlin, welche zunächst zur Auflösung der zweiten Kammer geführt hat, liegt die tiefere, die Frage von dem Krebsschaden, der am Herzen des Vaterlandes nagt, verborgen. Wie kann friedliche Rechtsordnung bestehen, wie kann die Polizei des Säbels entbehrt werden in einem Staate, wo Anreizer zur Steuer-Verweigerung, Anstifter des Aufruhrs, Verführer der Landwehr hohe Richterämter bekleiden, wo erklärte Feinde der Thrones, wo Hochverräther in den Kammern tagen? Diese schmachvollen Zustände sind es, denen wir die Fortdauer des Belagerungszustandes verdanken, nicht aber die Excesse, zu denen Plakate, Klubs und Volksversammlungen führen würden. Die Anarchie auf den Straßen ist Kinderspiel gegen die Anarchie in den Gerichten, auf den Präsidentenstühlen, in den Parlamenten und in den Kabinetten der Fürsten, die, statt Gottes Knechte, lieber Unterthanen des Pöbels sind.“

Hierzu nehme man die in der Kammer gemachten Enthüllungen des Ministers v. Manteuffel, namentlich das Bild vom Augenausstechen (s. Nr. 99 unserer Ztg.), in welchem die demokratische Nichtswürdigkeit ihren Gipfel erreicht, und nur ein Befangener kann noch von Uebereilung und von Kleinigkeiten sprechen. Was haben aber die Ungarn mit dieser Kammerauflösung zu schaffen, oder die Auflösung der Nationalversammlung mit der Einnahme Wiens? Denn so drückt sich die constitutionelle Zei-

tung aus: „Die Auflösung der Nationalversammlung geschah nach der Einnahme Wien's; kühner — möchte die Zukunft nicht sagen lassen: verwegener — als im Herbste, löst das Ministerium im Frühjahr die Kammer von neuem auf, als eben die Ungarn siegreich an den Grenzen Oesterreichs stehen, wenige Stunden von Wien." In dieser Weise unsere Zustände von österreichischen abhängig machen, ist mindestens weit hergeholt, ja kleinlich und unwahr. Endlich soll in der Maßnahme des Ministeriums, das der Verfasser zwar immer für starr und eigenwillig, doch auch für stolz zugleich gehalten, eine Demüthigung liegen, daß es in Folge der Kammerreden eines Jacobi, Jung oder d'Ester einen so mächtigen Schlag geführt hat, wodurch jene Leute nur als eine Eiche erscheinen könnten und eine Bedeutung gewinnen, die sie an sich nicht haben. Die Bummler haben gewiß noch weniger Bedeutung als ihre Verbündeten in der Kammer, und doch führten jene im November vorigen Jahres Zustände herbei, die den Staat aufgelöst hätten, wenn dieser nicht durch Auflösung der Nationalversammlung gerettet worden wäre. Zugesprochen wird zwar noch der Regierung das Recht, ohne die beiden Factoren der Gesetzgebung (die Kammern) den Belagerungszustand zu verhängen, abgesprochen jedoch das Recht, ihn gegen den Willen der Kammer oder Kammern fortbestehen zu lassen, dann stehe die Regierung über dem Gesetze, nicht die ausübende Gewalt, das Gesetz selbst liege in ihrer Hand allein. Dieser Vorwurf fällt von selbst weg, denn steht es der Regierung nach dem Gesetze zu, eine Kammer, die nach der Ansicht der Regierung zum Nachtheil des Landes die Abstellung einer Regierungsmaßregel fordert, aufzulösen, so stellt sich die Regierung auch unter das Gesetz, wenn sie nach Auflösung der Kammer den Belagerungszustand fortdauern läßt; eine aufgelöste Kammer hat nichts mehr zu befehlen. Die Regierung appellirt an das Land, das durch den Ausfall der Wahlen über die Fortdauer dieser Maßregel entscheiden wird. Und das müssen wir in Ruhe erwarten und können es um so eher, jemehr Aussicht vorhanden ist, daß diese Wahlen nach einem andern Modus geschehen werden.

Berlin, 27. April, Nachmittags 4 Uhr. Unsere Stadt, wie sich auch nicht anders erwarten ließ, ist vollkommen ruhig. Von Zusammenrottungen und dergleichen ist keine Spur. Nur auf dem Dönhofsplatz stehen ein Paar Hundert Menschen im Gespräch.

Gegen 8 Uhr Abends hatten Attrouppements auf dem Dönhofsplatz und Insulte gegen die Schutzmannschaften die Herbeiziehung des Militairs nothwendig gemacht. Der Platz war bereits gesäubert und das Bataillon im Begriff, auseinander zu gehen, als Offiziere, welche weiter hervorgetreten waren, von der Volksmasse thätlich insultirt, einer derselben sogar zu Boden geworfen und mißhandelt wurde. Als das Bataillon hierauf wieder aufmarschirt war, um die Menge auseinander zu treiben, fiel aus einem Hause des Dönhofsplatzes auf die Truppen ein Schuß. Nach dreimaliger Aufforderung mit der Trommel sah sich daher das Militair genöthigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen; die Salve erfolgte nach dem Spittelmarkte zu. Leider sind mehrere Opfer zu beklagen; 4 Todte und einige Verwundete. Am Petriplatz waren gleichfalls starke Attrouppements; am Museum wurden die Posten mit Steinwürfen insultirt und aufgefordert, ihre Gewehre abzugeben. Mittags soll am Dönhofsplatz Geld unter das Volk vertheilt worden sein. Die Leichen der unglücklichen Opfer wurden von Leuten aus dem Volke in der Richtung nach dem Voigtlande zu hingetragen. Abends 10 Uhr war die Ruhe auf allen Punkten der Stadt hergestellt.

Berlin, 28. April. Heute Morgen fuhr der General Wrangel bereits zeitig nach Charlottenburg zum Könige. Die Offiziere haben alle gemessene Dienstordre, sich nirgends auf Transaktionen einzulassen, vielmehr bei allen Renitenzen lediglich die vorgeschriebenen Signale zu geben und dann sofort mit den Waffen anzugreifen.

— Nach dem Dönhofsplatz strömten diesen Morgen viel Neugierige. Dieselben mischten sich zwischen das dort, den gewöhnlichen Wochenmarkt abhaltende Publikum und geriethen bald wieder mit den Konstablern in Streit. Man neckte sie und warf sie mit Blumentöpfen, worauf sie ihrerseits zu Arretirungen schritten. Gegen 12 Uhr wurde der Lärm ärger und es erschien eine Abtheilung Dragoner zu Pferde. Die Marktleute mußten den Platz räumen, fast alle angrenzenden Läden wurden geschlossen und das Militär hält seitdem den Platz besetzt, daß es, so wie sich ein Attroupement bildet, darauf losreitet, drei Hornsignale giebt und dann, bei nicht erfolgter Auflösung einhaut. Die Hiebe sind zwar meistens flach, doch sollen auch einige Verwundungen vorgekommen sein. Am Schluß unserer heutigen Nummer (6 Uhr) hatte das Militair den Platz verlassen und man bemerkte nur kleine, aber zahlreiche Gruppen im eifrigen Gespräch. In allen übrigen Stadttheilen war es heute durchweg ruhig.

(D. Ref.)

— Heute Abend sieht man am Himmel einen furchtbaren Feuerschein, helle Flammen lodern empor. Das ganze, nur eine Viertelmeile entlegene Dorf Rixdorf steht in Flammen. Schon sind drei Straßen mit nahe an 70 Häusern niedergebrannt. Hundert Familien sind obdachslos geworden. Das Feuer greift immer mehr um sich. Dasselbe ist entstanden, indem ein Arbeitsmann einen Storch auf einem Strohdach schießen wollte.

(Voss. Z.)

Berlin, 29. April. Gestern Abend waren wiederum zahlreiche Massen auf dem Dönhofsplatze versammelt, ohne daß es jedoch zu bedeutenden Excessen kam. Gleich einem Ameisenhaufen wimmelte es von Herumtreibern, Lehrlingen ꝛc. und waren einige Straßen abgesperrt, um den Zudrang möglichst zu verhindern. — Ein großer Theil der Linken, Rodbertus, Hildenhagen, Phillips, Hansen, Eckemann, ein ganze Masse von A—Z, denn auch der Zimbal, Zorn und Zunderer fehlte nicht, hatte sich im Rheinischen Hofe versammelt. Die Auflösung war unangenehm. Nicht allein die politischen Bande, welche die Gesellschaft so sanft zu umschließen begannen, wurden dadurch berührt, sondern auch sociale Verhältnisse wurden hart betroffen. Auch die hübsche Köchin des O.-Pfarrers mußte entlassen werden. — „Wenn nicht Aenderung des Wahlgesetzes, so sehen wir uns nach 8 Wochen wieder", war der Trost in der Scheidestunde. Hansen übernahm mit einigen Mitgliedern noch die Mission nach Frankfurt, von dort sollten noch möglichst einigende Brandfackeln in das Innere Deutschlands geschleudert werden. Ueber den Zweck waren die Herren ganz im Klaren. „Der König muß zur unbedingten Annahme der Kaiserwürde gezwungen werden, — der liebe Gott wird uns über dieses **Interimisticum** hinaushelfen," sagte der Gleißner. — Zunderer war empört über das feige Berliner Gesindel, welches die begütigenden und besänftigenden Worte des vorigen Abends und einige beruhigende Reden, welche einige Deputirte an das Volk gerichtet, für baare Münze genommen. „Wenn keine Veränderung des Wahlgesetzes, so sehen wir uns nach 8 Wochen wieder", war der Scheidegruß, **aber dann**, Gott beschütze unser armes Vaterland.

N. S. Esser entfernte sich, da ihm die Luft im Rheinischen Hofe nicht rein, schon früher.

Berlin, 28. April. Die zweite Kammer ist aufgelöst; eine, wir verkennen es nicht, Thatsache von der tiefgreifendsten Bedeutung; allein auch eine von der unerläßlichsten Nothwendigkeit. Wenn man die Haltung der zweiten Kammer in den letzten Wochen beachtet, die Unmöglichkeit, sich in sich selbst eine haltbare Entscheidung, ein Uebergewicht irgend einer Art zu bilden, erwogen hat, so war das Ereigniß, was heut vor uns hintritt, schon längst vorauszusehn. Mit einer Kammer, die wichtige Entscheidungen nur mit 1 Stimme Mehrheit, zuweilen mit völliger Stimmengleichheit, zu Wege bringt, ist keine wirkliche Regierung möglich. Vollends aber war dies der Fall, als die leidenschaftliche, ja wir müssen sagen, übereilte Auffassung der deutschen Frage, noch die letzten in sich zusammenhaltenden Elemente zerspalten hatte. Seit dem nahm denn auch die Opposition eine Haltung an, die es ihr an die Stirn schrieb, daß sie sich ihres Sieges gewiß, und wiederum nahe an den Grenzen glaubte, wo ihr im November ein Halt geboten werden mußte. Selbst in den äußerlichen Beziehnngen war sie so weit gegangen, daß jeder Sitte überhaupt, und somit vollends der Würde eines gesetzgebenden Körpers völlig Hohn gesprochen wurde. Die Mißhandlung der Redner entgegengesetzter Ansicht, durch Lärmen, höhnendes Lachen, zur Schau getragene Nichtachtung, hatte alles Maaß überstiegen. Mit einer solchen Kammer war nicht mehr zu regieren; selbst wenn sie in den einzelnen Fragen im Recht gegen das Ministerium gewesen wäre. Denn es kommt immer noch darauf an, wie man ein Recht übt. — Was aber nun werden wird? Wir wollen dem gesunden, natürlichen Sinn eines unverdorbenen, nicht durch Aufwühlungen irre geleiteten Volkes, wir wollen der kräftigen Hand einer Regierung vertrauen, die folgerecht bleiben darf, wenn sie in dem einen Grundsatz, das wahre Wohl des Landes zu wollen, eben so beharrlich bleibt. — Im Uebrigen erkennen wir in diesem ganzen Ereigniß nur die natürliche Frucht der gestreuten Saat. Bleibt die Ursache dieselbe, so werden auch die Wirkungen die nämlichen bleiben; die Wurzeln derselben liegen einzig im Wahlgesetz. Das wie und wo des Näheren darüber, versparen wir uns noch.

(Voss. Ztg.)

Berlin, 23. April. Man nimmt nicht Anstand, die Auflösung der zweiten Kammer als einen Akt der Gewalt zu bezeichnen. Wir verstehen in der That eine solche Auffassungsweise nicht, da die Befugniß der Krone zur Kammerauflösung ein nicht blos im allgemeinen konstitutionellen Staatsrechte wohl begründetes, sondern in den Bestimmungen der preußischen Verfassungs-Urkunde ausdrückliches vorgesehenes Recht ist, und mithin auch nicht die leisesten Spuren eines Aktes der Gewalt an sich trägt. Der Akt der Kammerauflösung hat daher seine Rechtfertigung nur in der Erwägung zu suchen, ob es für die Regierung möglich war, mit der Kammer in ihrer jetzigen Zusammensetzung zu einem für das Land gedeihlichen Zusammenwirken zu gelangen. Will man sagen, das Hin- und Herschwanken in den Abstimmungen selbst über die größeren prinzipiellen Fragen habe das Gute, daß dadurch den Anschauungen aller Parteien in der Gesetzgebung ihr gebührender Antheil gesichert werde, so mag eine solche Auffassung Denjenigen genügen, welche es für möglich halten, daß die organische Gesetzgebung eines Landes von Hause aus den Stempel der Prinziplosigkeit an sich trage und das bunte Gemisch aller politischen Farben widerspiegele. Wer aber für die Aufgabe der gesetzgebenden Gewalt erachtet, die organische Verfassung eines Landes aus einem einheitlichen Gedanken zu konstruiren, konnte von der Mosaik-Arbeit einer täglich fluktuirenden Kammer-Majorität für das Land etwas Gedeihliches nicht erwarten.

(D.R.)

— Die Allg. Ztg.-Corsp. enthält folgendes Schreiben:

Berlin, 24. April. Gestern ist, wie uns von verläßlicher Hand zu kommt, ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Dänemark an den König von Preußen angelangt, worin derselbe neue Friedensvorschläge, und, wie es heißt, unter annehmbareren Bedingungen als früher macht. Das preußische Cabinet soll dieselben bei der deutschen Centralgewalt bevorworten. Der Prinz von Preußen hat dieser Tage einigen Offizieren mitgetheilt, daß der Kaiser von Rußland dem Könige von Dänemark dringend zum Frieden gerathen habe, da er auf auswärtige Hülfe deshalb nicht rechnen könne, weil er selbst den Krieg angefangen und den Angriff nicht abgewartet habe. Hiernach dürfte der Krieg bald beendet sein. (Die Deutsche Reform spricht von russischer Vermittelung.)

Stuttgart. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. d. M., Abends 4 Uhr, veröffentlicht dieselbe folgende Proklamation:

„Mitbürger! Die Sache des Volkes, die deutsche Sache hat gesiegt: der Grundsatz der Nationalsouverainetät hat sich wiederholt Anerkennung errungen. Das Staatsoberhaupt hat heute die unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung, einschließlich des Wahlgesetzes, unterzeichnet. Wir verdanken diesen Sieg der gerechten Sache neben der Entschiedenheit des Ministeriums vor Allem dem Volke, welches durch den an den Tag gelegten ächt deutschen Sinn und durch seine entschlossene Haltung die Forderungen der Kammer der Abgeordneten so kräftig unterstützt hat. Das Volk hat sich dadurch der im März v. J. errungenen Freiheit würdig gezeigt; es hat den Bürgern derjenigen deutschen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt haben, ein Vorbild gegeben, welches seine Wirkung nicht verfehlen wird. Bald wird ein deutsches Reich in Wahrheit gebildet sein, und die Geschichte wird bald den Namen des würtembergischen Volks in ihre Tafeln schreiben. Heil dem einigen, dem freien Deutschland! Stuttgart, den 25. April 1849. Die Kammer der Abgeordneten. In deren Namen: der Präsident Murschel. Die Sekretaire: Vogel. Ruoff."

Frankfurt a. M., 25. April. (205te Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung.) Um 9¼ Uhr eröffnet der Präsident Simson die Sitzung. Nach Anzeige mehrerer Flottenbeiträge erfolgt eine Interpellation des Herrn Albert, wegen der Bewegungen der württembergischen Truppen im badischen Oberlande, welche der Reichskriegsminister beantwortet. Hierauf spricht Herr Grävell ungehört und unverstanden. Man ruft ihm von allen Seiten zu: laut, Schluß! Mit stoischem Gleichmuthe fährt er immer fort, das von ihm eingereichte Amendement zu befürworten, dem Könige von Preußen einen peremtorischen Termin bis zum 28sten zur letzten entscheidenden Erklärung zu setzen. Schon nach dieser überzeugenden Rede wird der Schluß beantragt, aber abgelehnt.

Unterstaats-Sekretair **Matthy** unterstützt den Verbesserungsantrag des Abgeordneten Schubert, dahin lautend:

Nro. 1, wie der Ausschuß.

2) Sie beschließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfassung noch nicht erklärt haben:

a) sind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfassung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgesetzes nunmehr auszusprechen;

b) dieselben Regierungen sind zu veranlassen, sich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, seinen Willen kund zu geben, in diesem entscheidenden Augenblicke geschmälert oder entzogen würden; insbesondere von ihrem Rechte, die Ständeversammlung zu vertagen oder aufzulösen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieselben in Thätigkeit zu setzen oder zu belassen, bis die Reichsverfassung zur Anerkennung gebracht sein wird.

3) Sie beschließt, die provisorische Centralgewalt im Interesse der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands zu ersuchen, die vorstehenden Beschlüsse in Vollzug zu setzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsministeriums über den Erfolg.

4) Wie der Ausschuß.

Unterstützt von: Lette. Tellkampf. v. Kendell. Briegleb. Hergenhahn. Krons. Kösteritz. Jordan aus Gollnow. Stedtmann. Leverkus. Fallati. Zachariä aus Bernburg. Keller. Esmarsch. Biedermann. Groß aus Leer. Anderson. Hofmann.

Die weiter gehenden Anträge seien, sagt der Redner, unzweckmäßig und unpraktisch, so wie hingegen den Zumuthungen gegenüber, die Verfassungsgesetze zu verändern, das bekannte Wort gelte: sint ut sunt, aut non sint. (Ausspruch der französischen Jesuiten.) Die Aufgabe der Versammluug sei, die befreundeten Kräfte zu stärken, im Entgegengesetzten zu schwächen, aber keine ihrer Beschlüsse dürfe die dem Bundesstaate gesetzte Gränze im Sinne des Einheitsstaates überschreiten. Freilich seien die Regierungen über 37 Millionen Deutsche auch in jenen noch nicht eingetreten, aber das scheine bedrohlicher, als es in der That wäre. Oesterreich habe im April vorigen Jahres aufs Anerkennendste von der National-Versammlung gesprochen, und nur sehr zart die Vereinbarung durchklingen lassen. Später habe das Programm von Kremsier erklärt, man möge dem verjüngten Oesterreich nur Zeit lassen, seine eigenen Verfassungsangelegenheiten zu ordnen, um sich dann mit dem verjüngten Deutschland zu benehmen. Herr v. Schmerliug habe das selbst, in einer Antwort auf eine Interpellation von Römern so aufgefaßt, daß Oesterreich dann ein nenes Verhältniß zu Deutschlands gründen werde. Eben so nahmen es die Reichsminister, wie nicht minder die Nationalversammlung, als sie dieselben am 28sten Dezember v. J. ermächtigte, Unterhandlungen in diesem Sinne mit Oesterreich anzuknüpfen. Am 4ten Februar d. J. erklärte Oesterreich, es wolle sich direkt mit der Nationalversammlung verständigen, da ihm dies mit Preußen nicht gelungen sei. Was es eigentlich wolle, sprach es nie aus, es war wohl von einem Direktorium die Rede, aber der Heckscher'sche Vorschlag war ihm auch nicht genehm. Die Centralgewalt wurde bald als Fortsetzung des deutschen Bundes, bald auch in diesem Sinne nicht anerkannt. Endlich erklärte es das deutsche Parlament außer dem Gesetze und berief die österreichischen Abgeordneten zurück. So hat sich herausgrstellt, daß Oesterreich in nichts willigt, wenn es nicht allein über Alles zu bestimmen hat, und wer für es in diesem Sinne das Wort nimmt, der mag alles Mögliche wollen, einen Bundesstaat will er nicht. (Beifall.)

Preußen hat freilich auch eine Zustimmung zur Reichsverfassung noch nicht ausgesprochen, indeß hat man sich doch dort für die deutsche Einheit erklärt, das Parlament anerkannt und nicht zugegeben, daß die Bewohner der Paulskirche zu ihren Vätern versammelt werden. Dies wäre aber geschehen, wenn gewisse Anträge außerhalb des Parlaments angenommen worden wären, es hätte geschehen können, wenn die Verwerfung des Waffenstillstandes von Malmoe von uns festgehalten worden wäre. Preußen hat freilich keine Zuneigung oder doch keine Abneigung gegen uns ausgesprochen und eine seiner Kammern unser Werk verkannt. Jenseits wirft man uns das Ministerium Brandenburg-Manteuffel vor, aber dies ist durch Rückwirkung der Berliner Versammlung entstanden, es wird wahrscheinlicherweise nicht dauern und hat sich doch auch in mancher Beziehung für die Verfassung ausgesprochen. Was die Antwort des Königs betrifft, so haben die verschiedenen Parteien, je nach geheimen Wünschen, Ablehnung oder Annahme der Verfassung darin gesehen. Daraus folgt, daß dieselbe unbestimmt ist. So viel ist gewiß, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel kann eher geändert werden, als die Reichsverfassung, eher der Erbkaiser, als Preußen aus Deutschland entfernt werden. Preußen kann eher ohne Erbkönig, als ohne Deutschland sein."

Frankfurt a. M., 25. April. Herr v. **Beckerath** ist heute von Berlin zurückgekehrt, und bringt, wie wir hören, gute Aussichten mit, sofern nur die deutsche National-Versammlung in den in Preußen stattfindeuden Entwickelungs-Prozeß nicht durch störende Beschlüsse eingreift. (D. R.)

Frankfurt a. M., 26. April. Wir hören mit Bestimmtheit, daß die Ueberschreitung der jütländischen Grenze durch die schleswig-holsteinischen Truppen der bevorstehenden Aussicht auf den Waffenstillstandsabschluß und die Wiederaufnahme der Friedensunterhandlungen mit Dänemark in keiner Weise hindernd entgegengetreten sein soll. Der Abschluß des Waffenstillstandes und die Aufhebung der Blokaden soll in naher Aussicht stehen und die Regierung von Dänemark auch nach den Ereignissen in Jütland noch ihre Bereitwilligkeit, auf die frühere Basis der Friedensunterhandlungen zurückzugehen, an den Tag gelegt haben. Eine Verzögerung liegt in der Natur der Sache, weil die Verhandlungen ihren Weg über Frankfurt nehmen müssen. Das wohlverstandene Interesse beider Theile sichert den baldigen Frieden, — die Energie, welche die Centralgewalt seit dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten entfaltet, und der siegreiche Erfolg der deutschen Waffen sichert einen für Deutschland ehrenvollen Friedensschluß. (D. R.)

Cuxhaven, 26. April. Kapitain Visser, vom heute Morgen eingekommenen Dampfboot Stoomvaart, hat gestern drei dänische Kriegsschiffe unweit Langeroog gesehen; als dieselben darauf nördlich steuerten, hat er nach der Süd gehalten und ist so diese Nacht in die Elbe gekommen, ohne von den Dänen angehalten zu werden.

Das heute Mittag eingekommene Post-Dampfboot John Bull ist nicht von dänischen Kriegsschiffen angehalten worden und hat überhaupt keine Kriegsschiffe vor der Elbe gesehen.

Um 3 Uhr kam die Admiralitäts-Lootsen-Jolle wieder zurück in den Hafen. Dieselbe ist heute bis zum großen Feuerschiff gewesen, hat aber von dort keine Kriegsschiffe gesehen; vom großen Feuerschiffe aus ist gestern bemerkt worden, daß die Fregatten sich in nördlicher Richtung von der Elbmündung entfernt haben.

Helgoland, 21. April. Am 7. d. kam hier das Commodoreschiff Rota in Begleitung der Bellona an. Die Rota signalisirte um Lootsen; da sich indessen die hiesige Seemannschaft, die auf den Schaluppen und übrigen hiesigen Fahrzeugen fährt, vereinigt hatte, den Dänen weder Lootsendienste zu verrichten, noch ihre Schaluppen dazu herzugeben, Lootsen nach denselben hinauszubringen, so signalisirte der stolze Däne drei Stunden vergebens. Endlich nach Mittag kam der Commodore Steen Bille selbst ans Land und wandte sich an den Gouverneur, um Lootsen zu bekommen. So gelang es ihm denn endlich, dieselben Individuen wieder zu erlangen, die auch im vorigen Jahre sich zu solchem Dienste hergaben. Nachdem der Sieg bei Eckernförde indeß bekannt geworden, sind bereits zwei Lootsen wieder ans Land gekommen, behauptend, sie bekämen nicht Zahlung genug, wahrscheinlich ist indeß die Furcht die Ursache ihrer Zurückkunft. Am gestrigen Tage ist hier eine neue dänische Corvette beim Lande gesehen worden. Der Name derselben ist Valkyrien. Dezufolge besteht die dänische Flotille in der Nordsee aus drei Fregatten und einer Corvette. Spaßhaft ist es oft anzusehen, wie manche Schiffe, trotz der Drohung der Dänen, dennoch sich durchschleichen und die benachbarten Flüsse glücklich erreichen. So zeigte sich vor einigen Tagen hier ein Barkschiff, welches, da es ganz vom Norden herkam, zuerst für ein dänisches Kriegsschiff gehalten wurde; als es sich indessen näherte, zeigte sich, daß es ein Engländer war, und da er nach Lootsen signalisirt hatte, erfuhren wir von diesem, daß das Schiff nach der Weser bestimmt sei. Der Däne wies die Bark zurück, und merkwürdiger Weise, nachdem wir vom Lande aus das Schiff wieder seewärts steuern sahen, bemerkten wir zugleich, daß dasselbe am hintersten Mast von oben bis unten mit Flaggen behangen war. Was das zu bedeuten hatte, schwebt noch jetzt im Dunkeln; nur hörte ich am folgenden Morgen, die Bark sei doch durchgeschlichen, ungewiß ob nach der Elbe oder Weser. — Eine der Fregatten ist heute nach Texel um Wasser abgegangen. (H.C.)

Schleswig, 25. April. Orla Lehmann, der sich hierher in Sicherheit hat bringen lassen, erklärte dem Kriegsminister, er habe die Damen in Kolding retten wollen; er sage die Wahrheit und habe nie gelogen!! Der Mann, der auf seiner ganzen Reise von Kolding hierher mit seinem Begleiter, dem Hauptmann Steyber, kein Wort gewechselt hat, und der anfänglich von dem bei seiner Ankunft hier ihm gemachten Anerbieten einer kleinen Erquickung nur „gegen Zahlung" und zwar „im dänischen Gelde" Gebrauch machen wollte, scheint doch bereits etwas weicher geworden zu sein. Der dänische Herr Exminister und Amtmann, der sich zunächst in Verwahrsam des schleswig-holsteinischen Examtmanns und Ministers Jacobsen befand, hat nämlich an „die von der Reichsgewalt eingesetzte Statthalterschaft des Herzogthums Schleswig und Holstein" ein Schreiben gerichtet, worin dieselbe ersucht wird, „nach den Geboten der Ehre und Menschlichkeit" mit ihm zu verfahren und ihm mitzutheilen, was man über ihn beschließen werde, damit er sich in den Stand gesetzt sehe, seine kranke Frau, die dieser Tage eines ihrer Kinder habe begraben lassen, hiervon in Kenntniß zu setzen. Beseler (Graf Reventlou ist augenblicklich in Kiel) hat im Namen der Statthalterschaft hierauf geantwortet, der Herr Amtmann Lehmann werde mit derjenigen Humanität behandelt werden, die den Deutschen eigen sei. Als ein Zeichen dieser Humanität darf es gelten, daß bereits der Gedanke aufgetaucht ist, den Herrn wieder nach dem Norden zu schicken und zu entlassen. Vielleicht das übelste Loos für Orla! — Einen andern Zug der Humanität, den unsere Truppen bei Kolding geübt haben, muß ich Ihnen doch noch mittheilen: Eine starke Abtheilung dänischer Husaren machte einen wirklich glänzenden Angriff auf unsere Artillerie; die 1. Compagnie des 1. Jägercorps, die vor der Artillerie hinter dem Wall postirt ist, läßt den Feind auf 50 Schritt herankommen, giebt eine Salve, und die Husaren stürzen todt und verwundet über einander; auf den unversehrt gebliebenen Offizier legen zwei unserer Jäger an. Hauptmann Schöning sieht dies, ruft seinen Leuten zu: „Schont des Mannes, für seine tüchtige Führung des Angriffs verdient er mit dem Leben davon zu kommen", und die Leute legen ihre Büchsen aus dem Anschlag und lassen den Feind wohlbehalten davonsprengen.

— Als Bonin zu den Artilleristen kam, die ziemlich viel Pferde verloren haben sollen, und sie belobte, ward er von den Soldaten umarmt, die sich in ihrer Freude bei ihm bedankten „für das schöne Treffen, das er ihnen geliefert".

— Wie Augenzeugen aus Apenrade melden, hat unser wackerer Bonin gestern (23.) Abend gemüthlich auf dem Koldinger Markt gesessen und, die Pfeife im Munde, so wie Erfrischungen vor sich, nicht Worte genug finden können, um den um ihn versammelten Soldaten seinen Dank auszusprechen; wer ihn und unsere Soldaten kennt, wird sich in diese Scene lebendig hineindenken können.

Aus dem nördlichen Schleswig, 25. April. Einem allgemeinen Gerüchte zufolge soll auch der Tyrann von Alsen, der dänische Ober-Kriegskommissair Riegels, der sich zur Zeit des Gefechts in Kolding aufhielt, erschossen worden sein. — Gestern sind 70 dänische Gefangene und 1 Lieutenant nach Hadersleben transportirt. Sie waren als Feldwachen westlich von Kolding postirt, wo sie durch unsern Dragoner-Rittmeister Matthison aufgehoben worden. Sonst ist bis jetzt nichts weiter passirt.

Kolding, 24. April. Es sieht hier furchtbar aus, rauchende oder in Schutt geschossene Häuser, getödtete Soldaten, Kadaver von Pferden, Alles bunt durcheinander. Die Zahl der Gefangenen, die wir gemacht haben, ist sehr groß, denn fast das ganze 13. Bataillon streckte am Abend freiwillig die Waffen, die Offiziere wurden von unsern Dragonern gefangen. Jetzt stehen unsere Vorposten schon wieder an zwei Stunden nordwärts Kolding und haben heute schon wieder eine dänische Feldwache von 60 Mann gefangen genommen. Unser Verlust läßt sich noch nicht gut übersehen, da manche Abtheilungen, die im Gefecht waren, schon wieder detachirt sind. An 250 Todte und Verwundete wird er wohl betragen. — Es heißt hier allgemein, daß es morgen wieder vorwärts nach Fridericia

gehen soll, was große Freude erweckt. Hoffentlich rücken bald Reichstruppen als Reserve nach.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. April. In der vorgestrigen Aendsitzung der Reichs-Versammlung machte der Minister des Innern folgende Mittheilung: In Veranlassung des Einrückens des Feindes in Jütland, welches vorauszusehen war nach Kündigung des Waffenstillstandes und bei dem Verfahren der Centralgewalt, so viele Truppen in die Herzogthümer zu senden, findet das Ministerium sich aufgefordert zu erklären, daß dieses Ereigniß selbiges nicht bewegen werde, von seinem begonnenen Verfahren hinsichtlich der Friedensunterhandlung abzuweichen.

— In Friedericia bereitet man sich auf einen energischen Widerstand; den Aussagen sachkundiger Offiziere zufolge hofft man, daß diese Festung sich wenigstens zwei bis drei Wochen vertheidigen wird, und in der Zwischenzeit kann sich unter der jetzigen Sachlage Vieles verändern; es heißt jetzt mehr als jemals: „Zeit gewonnen, Alles gewonnen."

— Skjold und Nymphen werden gegen Ende dieser Woche aus dem Baume auslegen; über fernere Seerüstungen verlautet aber jetzt nichts. Die beiden Cadetten vom Gefion, welche der General Bonin zurückgesandt hat, werden auf dem Linienschiffe angestellt werden.

Oesterreich.

Wien, 25. April. Die „Wiener Zeitung" sagt: „Von vieler Wichtigkeit ist das Gerücht, daß ein Ministerrath sich gestern entschieden, die russische Intervention in der österreichisch-ungarischen Frage abzulehnen. Dieses Gerücht hat überall einen höchst günstigen Eindruck hervorgebracht.

— Ein leitender Artikel in der Ostdeutschen Post hat Sensation erregt. Die Nachricht einer Ablehnung der russischen Intervention erhält Glaubwürdigkeit, indem man nichts von einem weiteren Vorrücken der russischen Truppen erfährt. Sie würde, wenn sie sich bestätigt, dem jugendlichen Monarchen, dessen eigenem Einfluß auf den Ministerrath viel hierbei zuzuschreiben wäre, diejenige wärmere Sympathie erwecken, zu deren Anregung sich noch kein Anlaß darbieten wollte; denn eine russische Intervention findet nur bei einer sehr kleinen Fraktion Anklang.

— Von der Redaktion des in Pesth erscheinenden „Figyelmezö" ist uns eine — wie es scheint — hier ausgegebene Anzeige zugekommen; der Inhalt ist folgender: „An unsere Abonnenten! Die K. K. Armee verläßt Ofen. (!) So müssen auch wir uns entfernen. Wenn uns Gott am Leben erhält, werden wir unsere Schuld abtragen. Gott befohlen! — Die Redaktion."

Pesth, 23. April. Die Ereignisse in Ungarn gehen einer schnellen und entscheidenden Katastrophe entgegen, die nächstfolgenden Tage werden über das Schicksal des Landes entscheiden. Die Operationen der magyarischen Armee wurden mit einer solchen Umsicht und Kenntniß geleitet, daß die Kaiserlichen Truppen gestern die Schwesterstädte Budapesth zu räumen entschlossen waren, um nicht gänzlich umzingelt und abgeschlossen zu werden. Ob Görgey wirklich einen so entscheidenden Sieg bei Gran erfochten hat, wie hier allgemein versichert wird, kann ich nicht bestimmt behaupten, eben so wenig, daß die Haidegg-Kürassiere zu der Ungarischen Armee übergegangen seien. — Ein gestern vom Königl. Kommissair Havaß ausgegebene Proclamation verspricht den Einwohnern vollkommene Sicherheit der Person und des Eigenthums sobald dem ordnungsmäßigen Rückzuge der K. K. Truppen kein Hinderniß in den Weg gelegt würde. Seit gestern hat sich aber der Stand der Dinge verändert. Man ist entschlossen, Ofen auf das äußerste zu vertheidigen! — Der magyarisch gesinnte Theil der Bevölkerung behauptet, die Truppen hätten nicht mehr abziehen können, und man wäre zu dieser Vertheidigung durch die äußeren Umständen gezwungen. General Henczi, Kommandant der Festung, fordert in seiner so eben ausgegebenen Proklamation die Bewohner derselben auf, sich für zwei Monate mit Lebensmitteln zu versorgen; indessen ist es ganz unmöglich, diesen Punkt so lange zu behaupten. In den Zeiten der Turkenkriege konnte Ofen für eine starke Festung gelten: aber bei der jetzigen Art der Kriegsführung und bei der Vervollkommung der Belagerungs-Geschütze ist es ein strategisch ziemlich unbedentendes Bollwerk. Jedenfalls würde bei einem Angriff auf Ofen die Stadt Pesth als Repressalie bombardirt werden. Welche Spannung und Aufregung deshalb hier herrscht, können Sie sich leicht denken. Die hiesigen Zeitungen haben bereits zu erscheinen aufgehört, ihre Redakteure haben sich nach Wien geflüchtet. Ebenso haben uns alle höheren Beamte, die von der Kaiserlichen Regierung eingesetzt waren, verlassen. Die Post aus Wien kömmt noch regelmäßig an; hoffentlich werden wir auch nicht wieder eine dreimonatliche Absperrung erdulden müssen. Der Kriegsdampfer „Schlick" welcher zur Rekognoszirung stromabwärts gesandt wurde, ist noch nicht zurückgekehrt, man vermuthet, daß er in die Hände des Feindes gefallen sei. Von den vielen Gerüchten, welche hier zirkuliren, erwähne ich nur das eine, daß der kommandirende General, F.-M.-L. Welden, plötzlich geistesabwesend geworden sei. Die Richtigkeit mag natürlich dahin gestellt bleiben. (D. R.)

Pesth, 23. April. Die Befürchtung, daß Pesth das Schicksal eines Bombardements werde ertragen müssen, ist geschwunden in Folge einer Proklamation des Ober-Kommandanten v. Welden, eine andere Nachricht stellt dies in Abrede.

Prag, 19. April. Die Feierlichkeiten zu Ehren des Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand nahmen gestern und heute den glänzendsten Verlauf. Man sah es allen diesen Vorbereitungen deutlich an, daß es wahre, unmittelbare Ergüsse der innigsten Liebe und Ergebenheit zu dem guten Kaiser waren, welcher vor allen Städten seines großen Reiches gerade unsere Hauptstadt zu seinem Wohnsitze erwählt. Trotz der am gestrigen Nachmittage durch den Grafen Brandis herabgelangten zarten Ablehnung der für den Abend bestimmten Illumination war dennoch gegen 8 Uhr des Abends die ganze Stadt aufs glänzendste beleuchtet. Im Schloßhofe spielte die Artillerie-Musikbande sehr gewählte Piecen; die angesagte Serenade von Seiten der Sophieen-Akademie wurde jedoch über Wunsch der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Sophie auf den Freitag verlegt, wo die Serenade, in ein Salon-Konzert verwandelt, in den Appartements der hohen Schutzfrau stattfinden wird. Fast bis Mitternacht war die Stadt beleuchtet. Am heutigen Tage raugirten sich die Nationalgarde und die Bürger-Corps bereits um 7 Uhr auf ihren Sammelplätzen und rückten sodann gegen 9 Uhr auf den altstädter Ring; der Interims-Kommandant Major Bernt befehligte die Massen in böhmischer Sprache. Das Kaiserliche Militair war ebenfalls auf den Hradschin ausgerückt. Bemerkt muß hier noch werden, daß bei allen bis jetzt stattgefundenen Festlichkeiten noch nie die Compagnieen der National-Garde so komplett ausrückten, wie diesmal; ein deutlicher Beweis, daß die Bewohnerschaft Prags das Geburtsfest des Kaiser Ferdinand als einen Ehrentag zu feiern weiß.

Mailand, 21. April. Gestern kam Fürst Paskewitsch hier an und überbrachte dem Grafen Radetzky das Patent als „Feldmarschall der ganzen russischen Armee" und als Eigenthümer des Husaren-Regiments von Weiß-Rußland, ebenso einige Georgenkreuze zur Vertheilung in der Armee. Unverzüglich reiste hierauf Fürst Paskewitsch nach Parma, um dem Erzherzog Albrecht das Kreuz des Georgen-Ordens erster Klasse eigenhändig zu überbringen.

Niederlande.

Aus dem Haag, 23. April. Die amtliche Staats-Courant erklärt die Nachricht, daß das limburgische Contingent Befehl erhalten habe, sich zum Ausmarsch nach Schleswig-Holstein zu rüsten, für unbegründet. Allerdings sei die Aufforderung dazu von der Centralgewalt erfolgt. Die Regierung aber habe Vorstellungen dagegen gemacht und sei nicht gesonnen, dieses Contingent dem deutschen Bunde zur Verfügung zu stellen, da sie jeden Anlaß zum Zwiespalt mit Dänemark vermeiden wolle.

Getreide-Berichte.

Berlin, 28 April.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: **Weizen** nach Qualität 54—58 Thlr.

Roggen, in loco 24—26 Thlr., schwimmend 24—26 Thlr., pro Frühjahr 82pfünd 24 Thlr. Br., $23\frac{1}{2}$ G., pro Mai—Juni 24 Thlr. Br., $23\frac{1}{2}$ G., pro Juni—Juli $24\frac{1}{2}$ Thlr Br., $24\frac{1}{4}$ G.

Gerste, große, in loco 21—22 Thlr., kleine 19—21 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 14 — 16 Thlr., pr. Frühjahr 48pfünd. $13\frac{1}{2}$ Thlr. Br.

Erbsen, Kochwaare 27—28 Thlr., Futterwaare 25—26 Thlr.

Rüböl, in loco 14 Thlr. bez., pro April 14 Thlr. bez., pro April—Mai $13\frac{17}{24}$ Thlr. verk., pro Mai—Juni $13\frac{7}{12}$ Thlr. verk., pro Juni—Juli $13\frac{1}{2}$ Thlr. nom., pro Juli—August $13\frac{1}{4}$ Thlr. nom., pro August—Septbr. 13 Thlr. nom., pro Septbr.—Oktbr. $12\frac{7}{12}$ Thlr. bez., $12\frac{1}{2}$ G.

Leinöl, in loco $11\frac{1}{4}$ Thlr. bez., auf Lieferung pro April—Mai $10\frac{1}{2}$ Thlr.

Berliner Börse vom 28. April

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	—	—	$101\frac{1}{4}$a	Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	92	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	—	$79\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{2}$	Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	—	
Sech. Präm-Sch.	—	$100\frac{5}{8}$	$100\frac{1}{8}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$98\frac{3}{4}$	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$88\frac{1}{4}$	$87\frac{1}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{4}$	$85\frac{3}{4}$						
Grosh. Posen do.	4	—	$96\frac{1}{8}$		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	[illegible]	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$	—		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{11}{12}$	[illegible]	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{2}$	—		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.
Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$90\frac{1}{4}$	$89\frac{3}{4}$	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$73\frac{4}{8}$	—	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	$97\frac{3}{4}$	$97\frac{1}{4}$	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	$85\frac{5}{8}$	$85\frac{1}{8}$		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	—	105	Holl. $2\frac{1}{2}$ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. SchatzO	4	$69\frac{1}{4}$	—		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	$27\frac{1}{4}$	
do. do. Cert. L. A.	5	$81\frac{3}{4}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	—		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	$15\frac{3}{4}$	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	—	—						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	$76\frac{1}{2}$ B.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	$52\frac{1}{2}$ bz.
do. Stettin-Stargard	4	6	86 B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	53 B.
Magd.-Halberstadt	4	7	113 B.
do. Leipziger	4	15	—
Halle-Thüringer	4	—	50 B.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	77 B.
do. Aachen	4	4	47 B.
Bonn-Cöln	5	—	103 G.
Düsseld.-Elberfeld	4	$4\frac{1}{2}$	—
Steele-Vohwinkel	4	—	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$72\frac{1}{2}$ B.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	$92\frac{5}{8}$ G.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	$92\frac{5}{8}$ G.
Cosel-Oderberg	4	—	—
Breslau-Freiburg	4	5	78 G.
Krakau-Oberschles.	4	—	$34\frac{1}{2}$ G.
Bergisch-Märkische	4	—	$54\frac{1}{4}$ G.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{2}$ B. $71\frac{1}{4}$ G.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	34a$33\frac{3}{4}$ bz.

Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl-Anhalt	4	87 B.
do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	$91\frac{1}{2}$ bz.
do. Potsd.-Magd.	4	84 B.
do. do.	5	94 G.
do. Stettiner.	5	$102\frac{1}{2}$ G.
Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{4}$ B.
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	93 B.
Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1 Priorität.	4	—
do. Stamm-Prior.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	$86\frac{1}{2}$ B.
do. do	5	99 B.
do. III. Serie.	5	94 B.
do. Zweigbahn	$4\frac{1}{8}$	—
do. do.	5	$78\frac{1}{2}$ B.
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	—
Steele-Vohwinkel	5	88 G.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Risa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	—
Amsterdam-Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	$31\frac{1}{2}$ B.

Beilage.

Beilage zu No. 100 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Montag, den 30. April 1849.

Deutschland.

Berlin, 27. April. Die „constitutionelle Monarchie“ in Königsberg erzählt unterm 23sten Folgendes: „Bis zu welchem Betragen sich unsere Königsberger Demokratie herabläßt, hat der Vorfall im gestrigen Theater gezeigt, wo bei einem Ballet, in welchem Begebenheiten aus der Zeit Friedrichs des Großen dargestellt wurden, die preußische Fahne mit Zischen und Lärm empfangen wurde und entfernt werden mußte. — So etwas zeigt mehr als alles Andere, anf welcher niedrigen Stufe von politischer Bildung unsere demokratischen Schreier noch stehen.“

— Die Emancipation der Frauen für unsere Gerichtshöfe ist endlich erfolgt; in der gestrigen Sitzung des Kriminalgerichts wurde auf den Antrag des Justiz-Commissar Deyks von dem Präsidenten Dörner die Zulassung von einigen Damen, die vom Gerichtsdiener zurückgewiesen worden, befohlen. Die Emancipation wurde jedoch sofort weiter ausgedehnt, und der Gerichtssaal zur Kinderstube gemacht. Das Gericht fügte sich unter diese Errungenschaft unter der Bedingung, daß die jungen Deutschen sich nicht demokratisch aufführten. (N. Pr. Z.)

— Nächste Woche wird Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm, Sohn des Prinzen von Preußen Königl. Hoheit, auf einige Zeit nach Potsdam gehen, um daselbst bei der 1sten Compagnie des 1sten Garde-Regiments, welcher Compagnie er schon früher aggregirt war, in aktiven Dienst zu treten.

— Herr v. Radowitz ist gestern hier angekommen. Er fuhr gleich zum Könige, mit welchem er eine mehrstündige Unterhaltung hatte.

— Seit gestern circulirt hier in vielen gedruckten Exemplaren eine Adresse an das Staatsministerium, eine andere an die erste Kammer zur Unterschrift. Der Inhalt ist eine Bitte, die Aufhebung des Belagerungszustandes nicht eher zu beschließen, bis Ruhe und Ordnung in Berlin durch sanktionirte Gesetze gesichert seien. (A. Z. C.)

— Vor einigen Tagen brachte ein hiesiger Handwerker seinen etwa 12 Jahr alten Sohn auf das Polizei-Präsidium und zeigte an, daß derselbe auf unerklärliche Weise entführt worden wäre. Der Knabe erzählte sodann, daß er am vorhergehenden Abend beim Nachhausegehen plötzlich von einem ihm unbekannnten Mann ergriffen und mehrere Meilen weit von Berlin fortgeführt worden wäre. Endlich sei der Mann still gestanden, habe ihm erklärt, daß er sich hinlegen und schlafen möge und als er — der Knabe — sich nun auf die Erde hingestreckt habe, um dem Befehl zu gehorchen, sei plötzlich aus einer in der Nähe befindlichen Hütte ein großer schwarzer Hund auf den Entführer losgesprungen und habe diesen verjagt. Diese Gelegenheit habe der Knabe benutzt, zu entfliehen, und sei erst nach mehrstündigem Laufen wieder nach Berlin und zu seinem Vater gekommen. Der Vater bestätigte, daß der Knabe über Nacht nicht zu Hause gewesen, und trug auf Untersuchung und Ermittelung des Entführers an. Obgleich nun diese Erzählung so unglaubwürdig wie möglich war, stellte man doch — um den Vater zu beruhigen — die geeigneten Nachforschungen an und erfuhr, daß der Knabe seinen Lehrmeister bestohlen hatte, daß er also nicht durch einen Entführer veranlaßt, sondern aus Furcht vor Strafe von Hause fortgeblieben war, und sich die Nacht umhergetrieben hatte. Die bekannte erste Entführungsgeschichte giebt übrigens, wie sich immer mehr zeigt, dieser zweiten an Unglaubwürdigkeit nichts nach, wenn man auch von dort von einem Grunde wie hier bis jetzt nichts ermittelt hat. (Publ.)

Halle, 25. April. Zu beklagen sind die Konflikte zwischen Militair und Bürger, welche in neuerer Zeit hier zu wiederholten Malen vorgekommen sind und deren einige ein sehr blutiges Ende genommen haben. Ein solcher fand am vergangenen Sonntag in dem nahen Giebichstein in einem Tanzlokale Statt. Die Soldaten machten von der blanken Waffe Gebrauch, die Bürgerwehr wurde allarmirt und einem der Soldaten beim Handgemenge der Hirnschädel eingeschlagen. Irgend tiefere politische Meinungsdifferenzen scheinen jedoch diesen Wirthshausschlägereien nicht zu Grunde zu liegen. (D.Ref.)

Görlitz, 26. April. Viele europamüde, herabgekommene Handwerker, Schreiber u. s. w., welche bei Beginn des Frühjahrs so zu sagen auf dem Sprunge nach Amerika standen, verweilen noch immer hier und besinnen sich. An Verlockungen fehlt es nicht. Wie plump dieselben zuweilen sind, mag Ihnen das Beispiel eines ausgewanderten Schneiders beweisen, von dem neulich ein Brief einging, worin er das Glück des republikanischen Amerikaners mit glänzenden Farben ausmalt und schließlich bemerkt: „Ich schickte Euch gern ein Pfund Gold mit; aber das Porto ist zu theuer!“ (D.Ref.)

Köln, 21. April. Von befreundeter Hand geht uns die zuverlässige Mittheilung zu, daß die Rheinbrücke, mit deren Plan und Kostenanschlag das Ministerium beschäftigt ist, keine Pfeiler-, sondern eine Kettenbrücke werden soll, so wie, daß sich die meisten Stimmen der Sachverständigen dafür aussprechen, daß die Brücke von der Eisenbahnstraße in Deutz auf das Cäsar's-Werft in Köln geführt werden soll. (N.P.Z.)

Trier, 23. April. Leider scheinen die kürzlich Statt gehabten Reibungen zwischen Militair und Civil wieder beginnen zu wollen. Gestern Abend halb 11 Uhr zogen 5 bis 6 Personen durch die Dieterichstraße, indem sie das „Simonslied“ in einer solchen Weise brüllten, daß die Nachbarn zum Theil aus den Betten ans Fenster eilten. Als sie an einem Wirthshause vorüber kamen, trat aus demselben ein Unteroffizier heraus und redete sie mit den Worten an, ob sie nicht wüßten, daß die Polizeistunde vorüber, und es verboten sei, auf der Straße so zu singen? Kaum hatte er diese Worte gesprochen, als der ganze Haufe über ihn herfiel. Einer riß ihm den Säbel aus der Scheide, man warf ihn gegen die Mauer, riß ihn zu Boden, und versetzte ihm mit seiner eigenen Waffe mehrere Hiebe über den Kopf. Jetzt erschien der Nachtwächter und die Thäter ergriffen schleunigst die Flucht, indem sie den Säbel mit fortnahmen. Wir fragen, wen es Wunder nehmen könnte, wenn, durch solche Auftritte gereizt, das Militair die seit den letzten Vorgängen bewiesene ruhige Haltung wieder aufgeben würde. (Saar-u.M.-Z.)

Pillau, 22. April. Die Neue Königsberger Zeitung sagt: Es ist in der That zu bewundern, daß, nachdem die dänische Kutterbrigg St. Croix von 12 Kanonen unsern Hafen gesperrt hat, von Seiten der Behörden gar nichts geschieht, um dieses Schiff zu nehmen, oder es doch wenigstens von unserer Rhede zu verjagen. In England und Dänemark wären längstens Vorbereitungen getroffen, um einen so jämmerlichen Feind, als die St. Croix zu vernichten, und wenn unsere Regierung etwas thun wollte, so würden sich hier Hunderte freiwillig zu dieser Expedition hergeben. — Wir haben hier Dampfschiffe und Schiffe genug, um größere Expeditionen, als gegen das auf unserer Rhede liegende, zu unternehmen, wenn von Seiten der Militairbehörde die nöthige Artillerie und Waffen bewilligt würden; aber man wartet doch nicht etwa wohl, bis Privaten ihre Schiffe aus eigenen Mitteln hergeben, und die Armatur und Equipagen selbst beschaffen? Garantire die Regierung den Werth der Schiffe, nnd gebe die hiesige Commandantur die nöthigen Waffen, so wird es nicht an fleißigen Händen fehlen, die patriotisch genug sind, ihr Leben dem deutschen Vaterlande zu opfern, und bei einer nur mittelmäßig geleiteten Expedition muß in 2 Stunden die deutsche Flagge auf dem dänischen Mast wehen. So aber scheint es sich wirklich bestätigen zu wollen, daß es nicht im Willen der Regierung liege, den Dänen noch mehr Schaden zuzufügen. Referent selbst wird sich keinen Augenblick bedenken, die Expedition leiten zu helfen, wenn sich keine größern Sachkenner vorfinden sollten. (Ein ähnlicher Plan wird schon längst von hiesigen Patrioten besprochen, aber bleibt auch unbeachtet und unausgeführt. D. Red.)

Hannover, 26. April. Die hiesige Zeitung für Norddeutschland enthält eine Proklamation, die Auflösung der zweiten Kammer der Stände-Versammlung betreffend. Wir heben die Hauptpunkte daraus hervor:

„Das Wesen repräsentativer Verfassung beruhet darin, daß Regierung und Volksvertreter offen und redlich ihre Ansichten und Wünsche einander darlegen, und nach freier und unbefangener Erörterung die Beschlüsse gefaßt werden. Zu diesem Ende sichert die Verfassung die freieste Berathung und Rede und haben Wir selbst im vorigen Jahre Oeffentlichkeit gewährt und unsere Minister verpflichtet, persönlich vor den Ständen zu erscheinen und ihre Anträge zu erläutern. Wäre es möglich, ein Verfahren herbeizuführen, welches die Berathung aus dem Ständesaale in heimliche Zusammenkünfte verlegte, welches den Gründen der Regierung das unbefangene, offene Ohr und Gemüth der Volksvertreter verschließt, welches das Mittel gebe, vor der Verhandlung durch einseitige Vorstellungen die Stimmen zu binden und so die Verhandlungen selbst zu einem leeren Schaugepränge unwirksamer Redekünste zu machen: so würde damit die ganze Verfassung werthlos gemacht sein.

Wir haben der Behauptung, daß während der letzten Sitzung ein solcher Mißbrauch eingeschlichen sei, keinen Glauben beimessen mögen. Leider liegt es aber jetzt am Tage, daß auch dieses Mittel nicht gescheut wird. —

Schon am 12. d. M. hat hier eine Versammlung stattgefunden, in welcher 44 Mitglieder der Ständeversammlung, denen nachher noch 15 hinzugekommen sind, durch Namensunterschrift sich zu Beschlüssen bekannt haben, die nur das Ergebniß freier ständischer Berathung hätten sein sollen. Gegenwärtig aber ist man gar so weit gegangen, den Versuch zu machen, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterschrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieselbe verpflichten soll, die Regierung zu nöthigen:

1) Sich mit der von der National-Versammlung beschlossenen Verfassung als solcher einverstanden zu erklären, und
2) Uns zu vermögen, zu der auf Seine Majestät den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutschen Kaiser unsere Zustimmung zu geben.

Dieser Versuch, ständische Majoritäten zu einer Adresse während der Vertagung zusammen zu bringen und die Stimmen der Kammermitglieder für die Zukunft zu binden, widerspricht dem wahren Geiste der Verfassung so entschieden, daß Wir selbst bei einem gleichgültigen Gegenstande Uns genöthigt sehen würden, demselben entgegenzutreten. Wenn aber auf diese Weise die freie und öffentliche Berathung über einen Gegenstand, der die höchsten Rechte und Interessen Unserer Krone, Unseres Landes und Volkes, ja die Existenz des Staates selbst betrifft, abgeschnitten werden soll: so würden Wir Unsere Königliche Pflicht nicht erfüllen, wenn Wir in einem solchen äußersten Falle nicht von dem zum Schutze der Verfassung selbst in Unsere Hände gelegten Rechte der Auflösung Gebrauch machen wollten.

Wir erklären also nach §. 51. des Verfassungsgesetzes vom 5. September v. J. die gegenwärtige zweite Kammer für aufgelöst, und behalten Uns vor, wegen Berufung eines neuen Landtags das Weitere zu verfügen.

Hannover, den 25. April 1849.

Ernst August.

Bennigsen. Prott. Stüve. Dr. Braun. Lehzen. Düring.

München, 23. April. Von der Pfordten wird wohl das Bad unsererer Sonderpolitik ausgießen müssen, schon erhebt sich in allen Theilen des Landes, selbst in Altbaiern, aus allen Vaterlands- und Märzvereinen aus dem Schooß der Stadtbehörden (Nürnberg) und aus zahlreichen Volksversammlungen heraus die Stimme des Volkes für Einheit, für unbedingten Anschluß an die Reichsverfassung und gegen alle bairischen Regierungs-Sondergelüste. Es laufen Adressen an den König, an's Ministerium, um unbedingte Anerkennung der Reichsverfassung und Einberufung der dreimal vertagten Kammern, aus allen Landestheilen ein. (Const.Z.)

Schweiz.

Bern, 22. April. Schon füher bemerkte ich Ihnen einmal, daß wir noch nicht reinen Tisch haben, in Bezug auf unsere politischen Verhältnisse nach außen. Ich bezeichnete Neuenburg als den Anhaltspunkt, bei dem die Diplomatie die neue Eidgenossenschaft zuerst anfassen werde, sobald der Friede in den betreffenden Staaten hergestellt sei und das preußische Ka-

binet freiere Hand habe. Hier fällt mir eine Aeußerung des Freiherrn v. Gagern ein, bei Behandlung des Welcker'schen Antrages über die Kaiserwahl. Der Präsident des Reichs-Ministeriums sprach nicht nur von einer Vereinbarung mit Oesterreich, sondern auch von einer solchen mit anderen Ländern deutschen Stammes, z. B. der Schweiz. Die Linke lachte und v. Gagern fuhr fort: „Nur nicht gelacht, meine Herren! Der König von Preußen hat bereits einen Haltepunkt in der Schweiz, und ist er nun erst deutscher Kaiser, so wird er die weiteren Wege wohl zu finden wissen." Mancher Umstand, der bisher kaum beachtet worden, erhält nur auf einmal seine volle Wichtigkeit. Wir erinnern uns, daß der preußische Gesandte in der Schweiz, Freiherr von Sydow, sich seiner Zeit bei Gelegenheit der neuen Konstituirung der Eidgenossenschaft sehr wohlwollend geäußert, zugleich aber in Betreff Neuenburgs einen Rückhalt verbunden hat, den man vielleicht damals als eine nothwendige Formel ohne besondere Bedeutung ansah, welche Formel sich jedoch bereits Geltung zu verschaffen sucht. Seit einiger Zeit nämlich weigert sich der preußische Gesandte, die Pässe zu visiren, welche von der Neuenburger Regierung ausgestellt, nicht aber von der eidgenössischen Kanzlei legalisirt sind. Der eigentliche Grund dieser Weigerung ist in der früheren Stellung Neuenburgs zu der Krone Preußen zu suchen, und es dürfte dieses der Anfang weitergehender Verwicklungen sein. Erst jetzt fühlt man hier in gewissen Regionen, wie übel man daran gethan, daß man nicht unmittelbar nach der Rekonstituirung des Kantons Neuenburg Unterhandlungen angeknüpft und wohl um eine entsprechende Vergütung einen friedlichen Vergleich hätte herbeiführen können, während jetzt ernstliche Verwicklungen in Aussicht stehen. (D. Ref.)

Frankreich.

Paris, 24. April. Am Fraternitäts-Saal der Rue Martel sah es gestern Abend 11 Uhr sehr kriegerisch aus. Bajonett an Bajonett, Kopf an Kopf, doch kam es zu keinem Kampfe zwischen Truppen und Proletariat. Der Hergang ist folgender: Am 22. April Vormittags traten sämmtliche Delegirte der demokratischen Wahl-Ausschüsse des Seine-Departements im Fraternitätssaale zusammen, um die Liste der demokratischen Kandidaten für die nächste Kammer zu entwerfen. Um 8 Uhr Morgens eröffnete der demokratisch-sozialistische Wahl-Ausschuß-Vorstand die Sitzung. Die Namen der eingesandten Kandidaten waren überaus zahlreich. 61 Namen wurden in Erwägung gezogen. Ueber jeden einzelnen Kandidaten wurde die Diskussion eröffnet und abgestimmt. Die Abstimmungszettel ergaben die Anwesenheit von 186 Delegirten. Zwanzig Kandidaten gingen mit absolutem Mehr durch; bei den nächstfolgenden sechs Kandidaten mußte die Abstimmung erneuert werden. Zwei Kandidaten wurden für die Pariser Garnison offen behalten. Man kann sich vorstellen, daß diese Operation sehr mühevoll und zeitraubend ausfiel; um 8 Uhr begonnen, endigte sie erst am anderen Abend gegen 10 Uhr (nämlich am 23. April). Zwei Stunden vorher wurde die Sitzung als öffentlich erklärt und zur Vorlesung der Kandidaten Behufs Bestätigung durch das Volk geschritten. Der Saal füllte sich zum Erdrücken. Der Vorsitzende verlas die Liste. Inmitten der Vorlesung erschien ein Polizei-Kommissar am Saal-Eingange und begehrte im Namen des Gesetzes von 1790 den Einlaß. Die Thürsteher konsultirten den Vorsitzenden und derselbe ertheilte die Antwort, daß der Polizei-Kommissar nicht zuzulassen sei. Der Polizei-Kommissar entfernte sich, erschien aber bald darauf mit einer imposanten Militairmacht wieder am Eingange und verlas die gesetzlichen Sommationen. Die Versammlung, welche keine Waffen bei sich führte, konnte natürlich an keinen Widerstand denken. Sie zog es daher vor, sich vor der offenbaren Gewalt zurückzuziehen. Das Militair bildete Spaliere, zwischen welchen das Volk unter dem tausendfachen Rufe: „Es lebe die demokratisch-soziale Republik!" hindurchschritt.

— Der französische Geschäftsträger Roches in Marokko ist durch den Gouverneur von Tanger schwer beleidigt worden. Er hat in Folge dessen die französische Flagge abgenommen, und, nachdem er die französischen Einwohner unter den Schutz des neapolitanischen Consuls gestellt hatte, Tanger verlassen. Dieser Vorfall kann ernste Verwickelungen herbeiführen.

Vermischte Nachrichten.

Polzin, 24. April. (Patriotismus.) Bei dem gestrigen Kreisersatzgeschäft in Belgard hatten wir die Freude, einen eklatanten Beweis von der echt patriotischen Gesinnung unsrer jungen Leute zu sehen. Die ganze Anzahl Rekruten, welche unser Kreis an die Regimenter abzugeben hatte, wurde bis auf drei durch Freiwillige gestellt. Pommern lebt noch. (N.Pr.Z.)

Stadtverordneten-Versammlung.

Am Dienstage, den 1sten Mai c., ist keine Sitzung.

Wegener.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Frequenz in der Woche vom 15. April bis incl. 21. April 1849 auf der Haupt-Bahn: 5276 Personen.

Bekanntmachung.

Die ordentliche General-Versammlung der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft, die statutarisch auf den letzten Donnerstag des Monats Mai bestimmt ist, findet in diesem Jahre

Donnerstag, den 31sten Mai c., Vormittags um 9 Uhr, und event. die folgenden Tage hier im Börsenhause

statt.

Wir laden zu derselben ergebenst, unter Bezugnahme auf §. 11 des Nachtrags-Statuts vom 29sten Januar 1847 und die betreffenden Paragraphen des Statuts vom 12ten Oktober 1840, namentlich die §§. 53, 54 und 58, ein.

Die Präsentation der sofort zurückerfolgenden Aktien, Behufs Legitimation der zur Versammlung Erscheinenden und der Feststellung ihres Stimmrechts, sowie zur Entgegennahme der Eintritts- und Stimmkarten, geschieht

in Berlin am 25sten Mai c., Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, in unserm dortigen Bahnhofs-Gebäude,

außerdem an den beiden dem Versammlungs-Termine vorausgehenden Tagen in dem Büreau des Direktorii unserer Gesellschaft in dem Empfangs-Gebäude hierselbst. Es werden dabei die Aktien, auf welche Eintritts- und Stimmkarten ertheilt sind, mit einem, die Jahreszahl „1849" enthaltenen Stempel versehen, und kann auf so gestempelte Aktien bei ihrer etwaigen abermaligen Produktion für diese General-Versammlung ein ferneres Stimmrecht nicht ertheilt werden. Für spät Zureisende wird die Prüfung der Legitimation und die Ertheilung der Eintritts- und Stimmkarten ausnahmsweise noch an dem Versammlungstage in der Zeit von 7—9 Uhr Morgens — soweit dieselbe dazu ausreicht — erfolgen, später und am Versammlungs-Orte ist dies durchaus unthunlich.

Die Uebersicht der zu verhandelnden Gegenstände und der Verwaltungs-Bericht können in den letzten 8 Tagen vor der General-Versammlung von uns entgegengenommen werden.

Wegen des am Tage der General-Versammlung einzulegenden Extra-Zuges von Berlin nach Stettin und zurück, so daß die zur General-Versammlung zureisenden Aktionaire an demselben Tage hin und zurück befördert werden, wird das Direktorium unserer Gesellschaft noch besondere Bekanntmachung erlassen.

Stettin, den 10ten April 1849.

Der Verwaltungs-Rath der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft.

Jobst. Goltdammer. Lemonius.

Officielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der durch die Verfügung vom 21. December v. J. zur Anmeldung der Ansprüche an die Obligationen der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern in Stettin

a. vom 14. December 1842, Littr. I. No. 7653, auf Carl Lembach zu Greifenhagen, über 50 Thlr.;

b. vom 19. November 1845, Littr. I. No. 13,487, auf den Bauer Michael Linde zu Brünken, über 100 Thlr.;

c. vom 7. Juli 1847, Littr. I. No. 17,522, auf den Bauersohn Friedrich Linde zu Brünken, über 375 Thlr.;

d. vom 12. Februar 1848, Littr. I. No. 18,997, auf den Bauer Christian Hufnagel zu Brünken, über 200 Thlr.,

auf den 19ten Mai d. J., Vormittags 11 Uhr, angesetzte Termin wird bei dem Kreisgerichte zu Greifenhagen abgehalten werden.

Stettin, den 19ten April 1849.

Königliches Appellations-Gericht.

Entbindungen.

Gestern Morgen 8¼ Uhr wurde meine liebe Frau Adelaide, geb. Hartwig, von einem muntern Mädchen glücklich entbunden, welches ich theilnehmenden Verwandten und Freunden hierdurch, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzeige.

Swinemünde, den 29sten April 1849.

C. Weichbrodt.

Subhastationen.

Nothwendiger Verkauf.

Von dem Königlichen See- und Handelsgericht zu Stettin soll der bei der Oberwiek in der Gegend der Königlichen Salzspeicher liegende Oderkahn des Schiffers Ignatz Frost, III. 795, nebst Zubehör, abgeschätzt auf 113 Thlr. 22 sgr., zufolge der nebst Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, am

19ten Mai d. J., Vormittags 11½ Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle in nothwendiger Subhastation verkauft werden.

Alle unbekannten Kahn-Gläubiger sowie der Schiffer Carl Lorenz Frost werden aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Mecklenburger büchen Kloben-Holz, 7 Thlr. 8 gGr., starke Knüppel, 5 Thlr. 6 gGr., beim Kahnschiffer Evert am Rathsholzhofe.

Ein Reisewagen (Chaise), in Federn hängend, und völlig gutem Zustande, ist billig zu verkaufen Breitestraße No. 371.

Vermiethungen.

Eine Sommerwohnung ist in Frauendorf beim Bäckermeister Richter zu vermiethen.

Schulzenstraße No. 177

ist ein Laden und große Stube sofort zu vermiethen.

Baumstraße No. 989 ist die 4te Etage, bestehend aus 3 Stuben, 1 Schlafkabinet nebst Zubehör, zum 1sten Mai d. J. zu vermiethen.

Durch die Versetzung eines Beamten ist die Parterrewohnung des Hauses gr. Wollweberstraße No. 584, aus 4 Stuben nebst Zubehör bestehend, vom 1sten Mai ab zu vermiethen.

Daselbst ist auch ein Stall für 3 Pferde und eine Wagenremise zu vermiethen.

Die untere Etage des Hauses Klosterhof No. 1124, worin seit Jahren Schankwirthschaft betrieben worden, ist sofort zu vermiethen. Das Nähere beim Administrator des Hauses, Controlleur Nikolai, Breitestraße No. 384.

In meinem Hause, große Lastadie No. 83 B., sind mehrere Läden und ein großer trockener Waaren-Keller zu vermiethen. Gustav Wellmann.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Bei der Kreisgerichts-Kommission in Garz a. d. O. kann ein Civil- und Criminal-Protokollführer, mit guten Zeugnissen versehen, sofort beschäftigt werden.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Die kleine Rohrplage

am Dammschen See ist zur Werbung von Heu und Rohr zu verpachten. Näheres gr. Domstraße No. 796, 1 Treppe hoch.

Lichtbilder

werden täglich angefertigt auf Neu-Tornei No. 7 bei W. Stoltenburg.



In der großen Königl. Niederländischen Menagerie vor dem Königsthore:

heute Montag um 4 Uhr

letzte Hauptfütterung des Krokodills, der Abgott- und Brillant-Schlange

mit lebenden Gegenständen.

Vorher außerordentlich große Vorstellung des Thierbändigers in der Dressur und Fütterung sämmtlicher Raubthiere.

G. Kreutzberg.